Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis:** Im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 ℳ** (einschl. **56 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **13 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰**. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701; Nachtruf C 5 Stephan 2321 u. 3503. Verantw. Redakteur: **Paul Bugdahn, Altona.** – Buchhandlung: Fehlandstr. 11. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701, Nachtruf C 5 Stephan 2902. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 3032 u. 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 1⁷ gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰**. **Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30 ₰**, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰**. **Reklamezeile 3,50 ℳ**. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 2461 **(bis 6 Uhr abends für den folgenden Tag)**, in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 140 | **Montag, 21. Mai 1928** | **54. Jahrgang**

Sieg der Sozialdemokratie!

Deutschnationale zerschlagen. / Zentrum, Volkspartei und Demokraten verlieren. / Zunahme der Radikalen rechts und links.

Das vorläufige Gesamtergebnis im Reiche.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis sind 30 592 442 Stimmen abgegeben worden.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	9 111 438	Stimmen,	152	Mandate	(131)
Deutschnationale Volkspartei	4 359 586	„	73	„	(103)
Zentrum	3 705 040	„	62	„	(69)
Deutsche Volkspartei	2 669 549	„	44	„	(51)
Kommunistische Partei Deutschlands	3 232 875	„	54	„	(45)
Deutsche Demokratische Partei	1 492 899	„	25	„	(32)
Bayrische Volkspartei	936 404	„	16	„	(19)
Linke Kommunisten	80 057	„	0	„	(0)
Wirtschaftspartei	1 391 133	„	23	„	(17)
National-Sozialisten	806 746	„	12	„	(14)
Bauernpartei	480 613	„	8	„	(0)
Landbund	199 491	„	3	„	(8)
Christlich-nationale Bauernpartei	770 100	„	13	„	(0)
Volksrechtspartei	480 978	„	2	„	(0)
Sächsisches Landvolk	127 633	„	2	„	(0)

Nun weiter!

Dem überzeugten Anhänger der Selbstregierung des Volkes durch die parlamentarische Demokratie bringt der Wahlausfall eine stolze Freude, die er sich nicht verkümmern lassen darf durch die Erschwerung einer reinen Mehrheitsbildung infolge der Splitter. Wäre das deutsche Volk von Haus aus politisch, so würde der Unfug der 31 Parteien freilich unterblieben sein, die Splitter können ja nichts nützen, sie verwirren nur die einfache Linie, deren die Politik bedarf. Dieser politischen Ueberlegung waren Wählerscharen unzugänglich, ihre Abstimmung hat die künftige Regierungspolitik unnötig erschwert. Aber wenn die politische Erwägung noch zu kurz kam, so leistet doch Ersatz, und vielleicht mehr als vollgültigen Ersatz die Gewissensempörung, die in der katastrophalen Niederlage der Deutschnationalen ihren Ausdruck findet. Ein Strafgericht, wie es selten so nachdrücklich vollzogen wurde; auch die Blockverbündeten haben davon eine Lektion erhalten, sogar dem festen Zentrumsturm wurden Steine ausgebrochen. Für diesmal war es nur ein Tröpfchen Fegefeuer, beherzigen Zentrum und Volkspartei die Lehre nicht, so wird dem Purgatorium das Inferno folgen, dem Reinigungsfeuer die Hölle ohne Erlösung.

Aus politischen Irrgängen kann ein Volk sich herausfinden, verloren ist es, wenn sein moralisches Empfinden so stumpf und dumpf geworden ist, daß es die schlimmste Unmoralität — und die deutschnationale Politik der letzten Jahre war dauernd Notzucht an der politischen Moral! — ungesühnt läßt. Unser Volk hat sein moralisches Empfinden betätigt, dessen laßt uns froh sein. Sorgenvoll hat mancher gute Mann, wie neulich Wirth in Hamburg, der Wahlbewegung den Puls gefühlt und befürchtet, der Ekel gegen die Politik des Bürgerblocks werde die Wahlbeteiligung auf 50 bis 55 Prozent herabdrücken. Es kam anders, die vielbeklagte Stille in der Wahlbewegung war nicht ein Zeichen der Abgestumpftheit, sondern einer Selbstgewißheit, die mit dem Steinklopferhansl sagt: Es kann dir nix geschehn!

Worauf die größte Masse ihre Hoffnung setzt, das zeigt der Blick auf das gewaltige Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen. Die Wählerschaft hat die ungeheuerlichen Beschimpfungen der „Barmatpartei" beantwortet mit einem überwältigenden Vertrauensbeweis. Der Sozialdemokratie wird das Vertrauensvotum als Ansporn zur Fortsetzung ihrer sachlichen Arbeit dienen. Sie hat niemand die Erlösung von allem Unheil versprochen, sie hat auch in der Wahlbewegung immer wieder betont, daß die soziale Befreiung ein Werk langdauernder Anstrengungen ist, sie lehne kommunistische Gewaltkuren ab und werde auch künftig trachten, jede nur mögliche Verbesserung zu erkämpfen; aber radikale Hilfe über Nacht sei nicht möglich. Ihre Einsicht in die Bedingungen des sozialen Kampfes gebietet der Sozialdemokratie entschiedene Abwehr sowohl der kommunistischen Taktik, die die Proletarier in Verzweiflung stürzen will, damit daraus die Revolution entspränge, als auch der aus dem gleichen Geist geborenen Absichten der rechtsradikalen Gruppen, die die „Erhebung für nationale Befreiung" empfehlen. Nach der andern Seite muß die Sozialdemokratie jene Lehre der Kapitalisten bekämpfen und niederringen, die sagt, die schwere Reparationsbelastung gebiete Einschränkung der sozialen Hilfsleistungen.

Wie sehr die Parteienzersplitterung der Sozialdemokratie ihre Doppelaufgabe erschwert, das werden die Wähler der Splitterparteien bald erkennen müssen; auch das wird eine politische Lehre für die nächste Wahl sein. Jetzt aber müssen die Erschwerungen ertragen werden, ertragen auch, daß die Kommunisten gewachsen sind und so die Deutschnationalen hoffen lassen, es werde eine feste Regierung unmöglich sein, so daß sie erneut hinten herum mit den alten Verbündeten Fühlung nehmen können.

Der Teilerfolg der Kommunisten bleibt weit hinter dem Erfolg der Sozialdemokratie zurück, er verstärkt den Schrei gegen den kapitalistischen Gesellschaftszustand. Es ist die Not, die die Massen den politischen Dr. Eisenbärten zutreibt, links den Kommunisten, rechts den wüsten Politikern vom Schlage der Hitler und Genossen. Vernehmen die Führer vom Zentrum, der Volkspartei und der Demokraten den Schrei? Ihnen hat wahrlich die Wahl deutlich genug gemacht, daß die Volksmasse das politische Recht sozial wertet: wehe der bürgerlichen Gesellschaft, wenn sie sich taub stellt! Aus der Volkspartei kommt jedenfalls ein erstes Anzeichen, daß sie die Zeichen der Zeit nicht versteht: ihre Presse weiß zunächst nur zu sagen, daß infolge des starken Anwachsens der Sozialdemokratie eine Regierungsbildung kaum möglich und der Reichstag ein kurzes Leben haben werde. Kündet diese Aeußerung ein Gedankenspiel von der Art, wie es Herrn v. Keudell nachgesagt wird: Auflösung als Weg zur Diktatur?

Dann freilich würde das deutsche Volk bald zu beweisen haben, daß es nicht nur eines Ausbruchs der gekränkten Moral fähig ist, sondern daß es sein Recht zu verteidigen und gegen alle Feinde zum Sieg zu führen weiß!

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien.

Der Sozialdemokratische Pressedienst gibt auf Grund der um 7 Uhr morgens vorliegenden Meldungen folgenden vorläufigen Ueberblick über die Wahlergebnisse im Reich:

Die Sozialdemokratie ging glänzend aus dem Kampf hervor, sie marschiert stärker als zuvor als erste Partei der deutschen Republik an der Spitze. Die Kosten zahlen mehr oder weniger alle Parteien des Bürgerblocks. Katastrophal sind

die Deutschnationalen

getroffen worden. Von 111 Mandaten bleiben ihnen wahrscheinlich nicht viel mehr als 75, von 6,2 Millionen Stimmen haben sie voraussichtlich annähernd 1,6 Millionen Stimmen eingebüßt. Sie dürfte trotzdem die zweitstärkste Partei bleiben. Aber sie ist geschlagen wie selten eine große Partei. Sie haben nach einem jämmerlichen Gastspiel in der Wilhelmstraße abzutreten.

Das Zentrum

hat zwar nicht in dem Ausmaß an Stimmen verloren, wie seine deutschnationalen Koalitionsfreunde von gestern, aber auch an ihm ist das Volksgericht nicht vorübergegangen, es hat überall an Stimmen eingebüßt, in der Stadt wie auf dem Lande. In Scharen sind ihnen die Arbeitnehmer davongelaufen, mehr als 35 000 Stimmen wurden allein in dem Wahlkreis des Reichskanzlers Marx in Düsseldorf-West eingebüßt. Rund 10 000 Stimmen sind in Köln, der Metropole des Katholizismus, verloren worden, während die Sozialdemokratie etwa 20 000 Stimmen gewinnen konnte. In andern Bezirken ist es nicht viel anders. Acht Mandate sind voraussichtlich dahin. Selbst in seiner badischen Hochburg hat das Zentrum nicht einmal seine Stimmen zu halten vermocht. Mit Köhler als Spitzenkandidat büßt es fast 40 000 Stimmen ein. Von bisher 6 Mandaten bleiben ihnen 5. In Württemberg hat das Zentrum für die nächste Zeit auf die Anwartschaft der stärksten Partei verzichten müssen. Es wurde von der Sozialdemokratie abgelöst. Das ist die Antwort auf den Streich gegen Wirth.

Die Volkspartei

steht ebenfalls wie ein Betrübter am Grabe ihrer übermäßigen Hoffnungen. Sie hat geträumt, auf Kosten der Deutschnationalen mit Stresemann ein verhältnismäßig gutes Geschäft machen zu können. Die Nationalisten sind ihr zuvorgekommen, sie haben zu einem geringen Teil eingeheimst, was die nationalen Liberalen von ehedem auf Kosten der Deutschnationalen Volkspartei erwarteten. Im allgemeinen ist jedoch auch die nationalistische Partei den Weg des Niederganges gegangen. Mit den Antisemiten können in Deutschland für die Zukunft keine großen Lorbeeren mehr geerntet werden. Vereinzelt hat die Volkspartei **ihren Freunden zur Rechten zweifellos Stimmen abgegeben.** Sie hat dafür aber anderwärts wesentlich verloren und kehrt verhältnismäßig stark geschwächt in den Reichstag und in den Preußischen Landtag zurück. Es bleibt ihr voraussichtlich nicht einmal der Trost, hinsichtlich der Stärke der Partei wieder den vierten Platz einzunehmen.

Verloren haben auch die Demokraten.

Sie hatten gehofft, mindestens mit alter Stärke zurückzukehren und glaubten, von dem Stimmenschwund bei der äußersten Rechten etwas zu profitieren. Von 32 Mandaten dürften ihnen 23 bleiben.

Die Wirtschaftspartei

hat hereingeholt, was di Demokraten anfänglich für sich in Aussicht stellten. Sie wird ihre Mandatsziffer von 19 auf 29 erhöhen, während die Volksrechtpartei voraussichtlich völlig leer ausgeht. Sie hat bisher in keinem Wahlkreis 60 000 Stimmen erreicht. Für die praktische Politik besagt der Erfolg der Wirtschaftspartei nichts.

Gewonnen haben außer der Sozialdemokratie in erwähnenswertem Ausmaß nur noch

die Kommunisten.

Ihre Mandate und Stimmenzahl von Mai 1924 haben sie jedoch nicht erreicht. Von den 64 Sitzen fehlen wahrscheinlich immer noch über ein Dutzend.

Der Gesamteindruck?

Ein starker Ruck nach links im Reich wie in Preußen, in Bayern wie in Württemberg.

Insbesondere die preußische Regierung steht stärker dar denn je. Sie sollte gestürzt werden und hat gewonnen. Sie ist gestärkt, während ihre schlimmsten Feinde fast niedergerissen sind.

Die Reichsregierung tritt zurück!

SPD. Berlin, 21. Mai. **Die Reichsregierung wird sich am Dienstagvormittag mit dem Wahlergebnis befassen und den Reichskanzler beauftragen, dem Reichspräsidenten die Demission zu unterbreiten. Der Reichspräsident dürfte jedoch vor der Feststellung des endgültigen amtlichen Wahlergebnisses mit den Verhandlungen über die Neubildung der Regierung offiziell nicht beginnen.**

Hamburgs Sozialdemokratie gewinnt 52 000 Stimmen!

Hochburg der Sozialdemokratie.

Das ist das Grandiose dieses Wahltages für Hamburg: Die Sozialdemokratie vermochte nicht nur ihre Stimmenzahl von den letzten Bürgerschaftswahlen wieder zu erreichen, sondern sie errang darüber hinaus noch fast 8500 Stimmen mehr. Die Größe dieses Wahlsieges liegt darin, daß dieser — Erfolg erkämpft wurde von einem außerordentlich arbeitsfreudigen Funktionärkörper gegenüber einer fast geschlossenen Kampffront aller bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Kommunistischen Partei. 8500 Stimmen gegenüber der Februarwahl, fast 52 000 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom Dezember 1924 gewonnen! Das ist ein eindrucksvolles Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie, ihre positive aufbauenden Politik und ihren zielklaren politischen Gestaltungswillen.

Die Hamburger Sozialdemokratie stellt ihren Erfolg an die Seite der überwältigenden Siege, die die Sozialdemokratie in fast allen Teilen des Reiches erkämpft hat. Der Hamburger Sieg wird noch unterstrichen durch die Tatsache, daß die Deutschnationale Volkspartei fast 50 000 Stimmen gegenüber 1924 und abermals 5000 Stimmen gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl verloren hat. Das ist die Quittung für die volksfeindliche Politik dieser führenden Bürgerblockpartei. Die Wähler, die das deutschnationale Schiff verlassen haben, haben noch nicht alle den Weg nach links gefunden. Sie sind zum Teil abgewandert in das Lager der Nationalsozialisten und in das Lager der Deutschen Volkspartei. Die Volkspartei kann in Hamburg einen Gewinn von 10 000 Stimmen verbuchen. Die Demokraten müssen die fehlende Zugkraft des Bürgermeisters mit über 7000 Stimmen bezahlen. Mit einem kleinen Gewinn haben die Kommunisten abgeschnitten. Ihre Verantwortungslosigkeit und ihr Hyperradikalismus finden leider in der Arbeiterschaft immer noch einige Sympathien.

Doch die Sozialdemokratie in Hamburg ist weit über doppelt so stark wie die KPD. Das ist eine Tatsache, die auch der gestrige Wahltag wieder erhärtet hat. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei der Werktätigen. Für sie wird auch das Wahlergebnis vom 20. Mai ein erneuter Ansporn sein, mit Tatkraft und Entschlossenheit in ihrem Wirkungsbereich, der mannigfache Aufgaben stellt, für den Aufstieg der breiten Schichten des Volkes praktische Arbeit zu leisten.

Hamburg ist rot! **Hamburg gehört nach dem Willen seiner Bevölkerung unter die Führung der Sozialdemokratie. Das ist erneut die Lehre auch der nunmehr vollzogenen Wahl!**

Das Hamburger Wahlergebnis.

	20. Mai 1928	7. Dezember 1924	Bürgerschaft Februar 1928
Sozialdemokraten	255 077	203 431	246 685
Deutschnationale	88 918	136 510	94 048
Zentrum	10 759	10 913	9 402
Volkspartei	95 708	83 059	85 507
Kommunisten	116 121	80 250	114 257
Demokraten	80 350	78 923	87 553
Linke Kommunisten	2 419	—	—
Wirtschaftspartei	16 363	—	20 136
Nationalsozialisten	17 753	14 479	14 760
Völkisch-Nationaler Block	2 281	—	—
Bauern- und Landvolkpartei	432	—	—
Deutsch-Hannoveraner	504	892	—
Volksrechtpartei	3 880	7 845	5 609
Ledige	572	—	—
Deutsch-Soziale	479	698	—
Alte Sozialdemokraten	1 101	—	—

Hamburg stellt 8 Abgeordnete.

Die Gewählten.

Nach dem Wahlergebnis in Hamburg entfallen auf Hamburg 8 Reichstagsmandate. Gewählt sind die Sozialdemokraten Peter **Graßmann**, Johanne **Reitze**, Adolf **Biedermann** und Paul **Bergmann**, der Deutschnationale Gottfried Gok, der Volksparteiler Walter Dauch, der Kommunist Ernst Thälmann und der Demokrat Johannes Büll.

Es schien zunächst, als würden die Kommunisten mit Hilfe von Reststimmen aus Schleswig-Holstein noch ein zweites Mandat erringen. Das trifft nun jedoch nicht ein, da zu den 56 121 kommunistischen Reststimmen in Hamburg nur 2078 Reststimmen aus Schleswig-Holstein hinzukommen, die zur Wahl eines Abgeordneten, für die 60 000 Stimmen notwendig sind, nicht ganz ausreichen. Die ganzen Stimmen fallen also auf die Reichsliste der KPD. Auch alle andern Parteien Hamburgs erringen mit Hilfe Schleswig-Holsteins kein weiteres Mandat. Umgekehrt erringen **die Demokraten in Schleswig-Holstein mit Hilfe der Hamburger** Reststimmen ein Mandat. Auf den Demokraten Tantzen sind in Schleswig-Holstein nur 44 711 Stimmen entfallen. Da von Hamburg 20 350 Stimmen hinzukommen, ist der oldenburgische Ministerpräsident a. D. Tantzen gewählt. Die Deutsche Volkspartei erringt ebenfalls mit Hilfe der Reststimmen in Schleswig-Holstein noch ein zweites Mandat. In Schleswig-Holstein sind 47 901, in Hamburg 35 708 Stimmen verblieben. Hamburg hat also dem zweiten volksparteilichen Kandidaten zu seinem Mandat verholfen. Bei der Wirtschaftspartei und bei den Nationalsozialisten reichen die Stimmenzahlen von Schleswig-Holstein und **Hamburg nicht zu einem Mandat aus.**

Bei fast allen Parteien gehen also große Stimmenzahlen auf die Reichsliste über. Das gilt besonders auch für die Sozialdemokratie. **Ihre Reststimmen für Schleswig-Holstein betragen 38 892 und für Hamburg 15 077. Es fehlen also eben über 6000 Stimmen an dem 5. sozialdemokratischen Mandat für Schleswig-Holstein. Dieses geringe Manko kommt der sozialdemokratischen Reichsliste zugute.**